NEWSLETTER ENERGIE



Januar 2017 01/17

LANDESVERBAND ARBEITSKREIS ENERGIEWENDE AKE

AKTUELLES

AKE TERMINE

POLITISCHE ENTWICKLUNGEN JANUAR 2017

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ, BAU UND REAKTORSICHERHEIT BUNDESNETZAGENTUR

EUROPÄISCHE UNION

DAS WICHTIGSTE IM JANUAR



Brigitte Zypries tritt Amt als Bundesministerin für Wirtschaft und Energie an

Bundespräsident Joachim Gauck übergibt Brigitte Zypries die Ernennungsurkunde zur Bundeswirtschaftsministerin.

Brigitte Zypries hat heute das Amt als Bundesministerin für Wirtschaft und Energie in Nachfolge von Sigmar Gabriel angetreten. Nach der Aushändigung der Ernennungsurkunde durch Bundespräsident Gauck und der Vereidigung im Deutschen Bundestag erfolgt heute auch die Übergabe der Amtsgeschäfte von Sigmar Gabriel an Brigitte Zypries.

Bundesministerin Zypries überreicht zudem die Ernennungsurkunden an die Parlamentarische Staatssekretärin und Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, für Mittelstand und Tourismus, Iris Gleicke sowie an den Parlamentarischen Staatssekretär und Koordinator der Bundesregierung für die maritime Wirtschaft und Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die EITI-Umsetzung in Deutschland ("Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft"), Uwe Beckmeyer. Neu ernannt als Parlamentarischer Staatssekretär wird Dirk Wiese.

Bundeswirtschaftsministerin Zypries bleibt weiterhin Koordinatorin der Bundesregierung für die Deutsche Luft- und Raumfahrt.

PRESSEMITTEILUNG »

NEWSLETTER ENERGIE



Januar 2017 01/17

LANDESVERBAND ARBEITSKREIS ENERGIEWENDE AKE

AKTUELLES

Empfehlungen für das CSU Wahlprogramm zur Bundestagswahl

Gemeinsam mit dem Arbeitskreis für Umwelt und Landesentwicklung (AKU) hat der Arbeitskreis Energiewende (AKE) seine Empfehlungen für das CSU Wahlprogramm zur Bundestagswahl vorgestellt.

WEITERE INFORMATIONEN »

AKTUELLE TERMINE

07.04.2017 AKE-Landesvorstandssitzung, Nürnberg
23.06.2017 AKE-Landesvorstandssitzung, München
21.10.2017 AKE-Landesversammlung mit Neuwahlen

Weitere Informationen zum AKE:





POLITISCHE ENTWICKLUNGEN JANUAR 2017

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE

Neuregelungen im Bereich Energie zum 1. Januar 2017

Mit dem EEG 2017 beginnt die nächste Phase der Energiewende. Der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland ist erfolgreich - ihr Anteil lag im Jahr 2016 schon bei rund 32 Prozent und soll mit dem EEG 2017 bis zum Jahr 2020 auf mindestens 35 Prozent steigen. Hierzu erfolgt mit dem EEG 2017 ein Paradigmenwechsel: Die Vergütungshöhe des erneuerbaren Stroms wird ab dem 1. Januar 2017 nicht wie bisher staatlich festgelegt, sondern durch Ausschreibungen am Markt ermittelt. Das heißt: Neue Photovoltaik-Anlagen, Windräder oder Biogas-Anlagen stellen sich dem Wettbewerb und nehmen an Ausschreibungen teil. Der Zuschlag wird nach dem Prinzip des niedrigsten Preises vergeben.

WEITERE INFORMATIONEN »

Gesetzentwurf zur Modernisierung der Netzentgeltstruktur im Bundeskabinett beschlossen

Das Bundeskabinett hat heute dem von Bundeswirtschaftsminister Gabriel vorgelegten Entwurf des Gesetzes zur Modernisierung der Netzentgeltstruktur (Netzentgeltmodernisierungsgesetz) zugestimmt. Das Gesetz passt die sog. vermiedenen Netzentgelte schrittweise an die Erfordernisse der Energiewende an. Dabei handelt es sich um Zahlungen für dezentrale Einspeisungen, die aus den Netzkosten finanziert werden. Bundesminister Sigmar Gabriel: "Das Gesetz ist ein weiterer wichtiger Schritt für mehr Kostengerechtigkeit bei den Netzentgelten. Die schrittweise Abschaffung der vermiedenen Netzentgelte dämpft bundesweit die Netzkosten. Zugleich wirkt sie gegen die

NEWSLETTER ENERGIE



Januar 2017 01/17

Spreizung der Netzentgelte in Deutschland. Denn die Netzgebiete in Deutschland sind in unterschiedlich hohem Maße von den vermiedenen Netzentgelten betroffen."

WEITERE INFORMATIONEN »

BMWi veröffentlicht Studie zum Thema Mieterstrom

Das Bundeswirtschaftsministerium hat heute eine Studie zum Thema Mieterstrom veröffentlicht. Die Studie mit dem Titel "Mieterstrom – Rechtliche Einordnung, Organisationsformen, Potenziale und Wirtschaftlichkeit von Mieterstrommodellen" haben Prognos AG und die Kanzlei Boos Hummel & Wegerich erstellt. Sie ordnet das Thema rechtlich ein und gibt einen Überblick über die Organisationsformen, die Potenziale und die Wirtschaftlichkeit von Mieterstrommodellen.

WEITERE INFORMATIONEN »

Was haben ein Fußballclub, ein Zoo und die Stadtwerke gemeinsam?

Mit dem 100.sten Initiative Energieeffizienz-Netzwerk verdoppeln Bundesregierung und Wirtschaftsorganisationen innerhalb von neun Monaten die Zahl der Wissensplattformen. Ziel der Initiative ist es, bis zum Jahr 2020 rund 500 neue Energieeffizienz-Netzwerke mit Industrie, Handwerk, Handel, Gewerbe und Energiewirtschaft zu etablieren. Insgesamt beteiligen sich seit Start im Dezember 2014 bereits mehr als 1.000 Unternehmen an der Initiative im Rahmen des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz (NAPE). Das 100. Netzwerk, in Trägerschaft der Stadtwerke Bochum, vereint seit dem 7. Dezember den Bundesligazweitligisten Vfl Bochum, den Tierpark Bochum und acht weitere Unternehmen und Einrichtungen aus der Region an einem Tisch.

WEITERE INFORMATIONEN »

Brüssel genehmigt EEG 2017 und Netzreserve

Die Europäische Kommission hat heute weitere zentrale Bausteine der Energiewende beihilferechtlich bestätigt: das EEG 2017 und die Netzreserve. Teil der Genehmigung ist auch das Windenergie-auf-See-Gesetz (WindSeeG). Mit der heutigen Genehmigung kann das EEG 2017 wie geplant am 1. Januar 2017 in Kraft treten. Das ist ein wichtiger Schritt. Damit herrscht Rechtssicherheit über das künftige Förderregime, das mit der Umstellung auf Ausschreibungen die Erneuerbaren Energien fit für den Markt und damit für die nächste Phase des Erneuerbaren-Ausbaus macht. Ab 2017 wird die Höhe der Förderung nicht mehr staatlich festgesetzt, sondern durch Ausschreibung am Markt ermittelt.

WEITERE INFORMATIONEN »

Bundesrat hat zentralen Energievorhaben zugestimmt: Langfristige Finanzierung der nuklearen Entsorgung und Regelungen zur Kraft-Wärme-Kopplung und zur Eigenversorgung

Der Bundesrat hat heute zwei zentralen Energievorhaben zugestimmt. Zum einen dem Gesetz zur Neuordnung der Verantwortung in der kerntechnischen Entsorgung. Zum anderen der Umsetzung des zwischen dem Bundeswirtschaftsminister und EU-Wettbewerbskommissarin Vestager vereinbarten Energiepaketes aus dem Sommer mit Änderung von Bestimmungen zur Kraft-Wärme-Kopplung und zur Eigenversorgung. Zuvor hatte der Bundestag am 15.12.2016 diese Gesetzgebungsvorhaben in zweiter und dritter Lesung verabschiedet.

WEITERE INFORMATIONEN »

NEWSLETTER ENERGIE



Januar 2017 01/17

Bundeskabinett beschließt fünften Monitoring-Bericht zur Energiewende

Das Bundeskabinett hat heute den von Bundeswirtschaftsminister Gabriel vorgelegten fünften Monitoring-Bericht zur Energiewende beschlossen. Mit dem 2011 gestarteten jährlichen Monitoring-Prozess berichtet die Bundesregierung über den aktuellen Stand der Energiewende.

WEITERE INFORMATIONEN »

Energieminister beraten Vorschläge zur Energieunion

Beim heutigen Treffen der EU-Energieminister in Brüssel stellte die Kommission ihr am 30. November veröffentlichtes Legislativpaket zur Energieunion ("Clean Energy for all") im Rat vor. Außerdem führten die Energieminister eine Orientierungsdebatte zur Novellierung der EU-Gasversorgungssicherheits-Verordnung.

WEITERE INFORMATIONEN »

BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ, BAU UND REAKTORSICHERHEIT

Atomausstieg schreitet weiter voran

Fast sechs Jahre nach Fukushima und der Entscheidung für einen beschleunigten Atomausstieg beginnt eine neue Phase des Ausstiegs aus der Kernenergie. Erstmals seit dem Atomausstiegsbeschluss von 2011 hat ein AKW in Deutschland eine Rückbaugenehmigung erhalten. Beim AKW Isar 1 können die Arbeiten für die Stilllegung und den Abbau der Anlage beginnen. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks: "Der Atomausstieg schreitet weiter voran. Der Abriss der AKW ist hochkomplex und wird Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Oberstes Gebot bei allen vorbereitenden Planungen und den anschließenden Rückbauarbeiten ist die Sicherheit für die Mitarbeiter, die Bevölkerung und die Umwelt."

WEITERE INFORMATIONEN »

Bundeskabinett beschließt neues Strahlenschutzgesetz

Das Bundeskabinett hat heute auf Vorschlag von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks den Entwurf eines Strahlenschutzgesetzes beschlossen. Damit wird unter anderem der radiologische Notfallschutz von Bund und Ländern verbessert. Hendricks: "Das Strahlenschutzrecht hat weitreichende Bedeutung für die menschliche Gesundheit und Relevanz für viele Lebensbereiche. Mit dem modernisierten und ausgeweiteten Regelwerk haben wir eine verlässliche Grundlage für einen umfassenden Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor ionisierender Strahlung. Beim radiologischen Notfallschutz schaffen wir ein modernes Managementsystem, mit dem wir eine Vielzahl von Notfallszenarien abdecken können – einschließlich schwerer Unfälle in Atomkraftwerken."

WEITERE INFORMATIONEN »

Kabinett bringt Carsharing-Gesetz auf den Weg

Heute hat das Bundeskabinett den von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt eingebrachten Entwurf eines Carsharing-Gesetzes beschlossen. Das Gesetz soll Kommunen die Möglichkeit geben, Carsharing besonders zu fördern, zum Beispiel mit Stellplätzen oder reduzierten Parkgebühren.

WEITERE INFORMATIONEN »

NEWSLETTER ENERGIE



Januar 2017 01/17

Kabinett beschließt zweiten Klimaschutzbericht

Im zweiten Jahr nach Verabschiedung des "Klima-Aktionsprogramms 2020" hat das Bundeskabinett heute den Klimaschutzbericht zum Stand der Umsetzung beschlossen. Der Klimaschutzbericht beinhaltet die aktuellen Trends der Emissionsentwicklung in den verschiedenen Handlungsfeldern. Die Einschätzung, ob die Ziele des Programms erreicht werden können, fällt 2016 etwas weniger optimistisch aus. Die im Klimaschutzbericht enthaltene Projektion zeigt eine Spanne für die Gesamtminderung von Treibhausgas-Emissionen bis 2020 gegenüber 1990 zwischen 37 und 40,4 Prozent. Die größten Abweichungen ergeben sich insbesondere für den Verkehrssektor. Deutschland hatte sich im Jahr 2007 auf 40 Prozent festgelegt. Erwartet wird eher eine Minderung am unteren Rand.

WEITERE INFORMATIONEN »

BUNDESNETZAGENTUR

Fördersätze für Solaranlagen in der Festvergütung bleiben unverändert

Die Bundesnetzagentur hat heute bekannt gegeben, dass die Fördersätze für Photovoltaik-Anlagen mit einer installierten Leistung von unter 750 Kilowatt stabil bleiben. "Im Dezember 2016 sind deutlich mehr Anlage in Betrieb genommen worden als in den Vormonaten. Angemeldet worden sind vor allem Anlagen, deren Vergütung seit Januar 2017 in Ausschreibungen ermittelt wird"", sagt Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur. Er ergänzt: ""Ohne diesen starken Monat wären die Vergütungssätze aller Wahrscheinlichkeit nach angehoben worden". Die Fördersätze gelten für Anlagen, die im Zeitraum vom 1. Februar 2017 bis zum 30. April 2017 in Betrieb genommen werden. Seit dem 1. Oktober 2015 wurden die Fördersätze nicht mehr abgesenkt.

WEITERE INFORMATIONEN »

Bundesnetzagentur startet Ausschreibung für Offshore-Windenergieanlagen

Die Bundesnetzagentur hat heute die Bedingungen der ersten Ausschreibung für die Netzanbindung und Vergütung von Offshore-Windparks bekannt gegeben. "Nach den ersten Photovoltaikanlagen erfolgt nun auch für Offshore-Windenergieanlagen die Umstellung auf ein wettbewerbliches Fördersystem. Die Höhe der Vergütung ist nicht mehr gesetzlich vorgegeben, sondern bestimmt sich durch Ausschreibungen am Markt. Diese Umstellung stellt einen stetigen und kosteneffizienten Ausbau der Offshore-Windkraft sicher", sagt Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur. Der Höchstwert für die Vergütung von Strom aus Windenergieanlagen auf See beträgt 12 Cent pro Kilowattstunde. Bezuschlagt werden Projekte mit den niedrigsten Gebotswerten. Die Netzanbindungskapazitäten für die Offshore-Windparks ergeben sich u. a. aus dem Offshore-Netzentwicklungsplan 2025, den die Bundesnetzagentur geprüft und bestätigt hat.

WEITERE INFORMATIONEN »

Konsultation des zweiten Positionspapiers zur Erdkabel-Methodik beim Stromnetzausbau

Die Bundesnetzagentur hat heute den Entwurf eines weiteren Positionspapiers für Stromleitungen in Gleichstromtechnologie vorgestellt, für die der gesetzliche Erdkabelvorrang gilt. Während einer Methodenkonferenz hat die Behörde rechtliche und methodische Anforderungen für die Antragsunterlagen mit der Öffentlichkeit diskutiert. Die Veranstaltung ist Bestandteil der bis zum 13. Februar 2017 laufenden Konsultation des Positionspapiers.

WEITERE INFORMATIONEN »

NEWSLETTER ENERGIE



Januar 2017 01/17

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Unzulässige Abschalteinrichtungen: Kommission gibt EU-Staaten Leitlinien an die Hand

Im Verfahren um unzulässige Abschalteinrichtungen bei Dieselautos hat die EU-Kommission heute (Donnerstag) den EU-Mitgliedstaaten Leitlinien zur besseren Überwachung von Abgasmanipulationen an die Hand gegeben. Elżbieta Bieńkowska, EU-Kommissarin für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU, verwies auf die unterschiedlichen Strategien der Autohersteller bei der Umgehung der Rechtsvorschriften. "Die nationalen Untersuchungen des Abgasskandals haben offengelegt, dass zahlreiche Automobilhersteller Strategien verwenden, die die Abgassemissionen außerhalb der Testzyklen erhöhen. Das ist illegal, sofern das in Ausnahmenfällen nicht technisch gerechtfertigt ist, und die Beweislast liegt nun bei den Automobilherstellern", sagte Bieńkowska.

WEITERE INFORMATIONEN »

Essen wird Grüne Hauptstadt Europas 2017

Der Stadt Essen ist eine beeindruckende Strukturumwandlung gelungen: von einer Kohle- und Stahlmetropole wird sie 2017 zur grünsten Stadt Nordrhein-Westfalens. An diesem Samstag (21. Januar) wird EU-Kommissar Karmenu Vella, zuständig für Umwelt, Meerespolitik und Fischerei, in einer offiziellen Eröffnungsfeier im Beisein von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und NRW-Umweltminister Johannes Remmel der Stadt den Titel "Grüne Hauptstadt Europa 2017" verleihen. Essen übernimmt den Stab von der Stadt Ljubljana, Hauptstadt Sloweniens, die den Titel im Jahr 2016 trug.

WEITERE INFORMATIONEN »

EU und USA halten den letzten Stand der TTIP-Verhandlungen fest

Die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und der US-Handelsbeauftragte Michael Froman haben heute eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der sie die Fortschritte bewerten, die seit Beginn der Verhandlungen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) im Juli 2013 erzielt wurden. "Wie die Bewertung zeigt, haben wir deutliche und spürbare Fortschritte erreicht. Ich freue mich darauf, mit der neuen US-Regierung gemeinsam an der Zukunft der transatlantischen Handelsbeziehungen zu arbeiten", sagte Malmström.

WEITERE INFORMATIONEN »

Der Arbeitskreis Energiewende der CSU (AKE) übernimmt keine Garantie und keine Verantwortung für die Handlungen Dritter, die auf diesen Informationen, Analysen und Meinungen basieren. Alle zusammengetragenen Beiträge sind öffentlich zugänglich und spiegeln die Meinungen und Positionen der jeweiligen Institutionen wider. Die Quellen der Artikel sind jeweils im weiterführenden Link dokumentiert. Die Verantwortung der Richtigkeit der Informationen liegt bei den angegebenen Institutionen. Für Rückfragen oder Kommentare wenden Sie sich bitte an den AKE-Landesverband, vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden Martin Ehrenhuber.